

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ortsbeirates Niedersimten vom 02.06.2025 im Rehtalsaal in der ehemaligen Schule im Ortsbezirk Niedersimten

Die gesetzliche Mitgliederanzahl beträgt: **9**

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Lukas Eitel

Mitglieder

Herr Andrew-Gerhard Becker
Herr Peter Brill
Frau Brigitte Frank
Frau Christine Heß
Herr Bernhard Hofstadt
Herr Thorsten Jochum
Herr Timo Völker

Protokollführung

Frau Kimberly Lemmens

von der Verwaltung

Herr Thomas Bath
Frau Natalie Böttcher
Herr Martin Hochdörffer
Herr Roman Lill
Herr Michael Maas
Frau Manuela Schneider

Es fehlt entschuldigt:

Mitglieder

Herr Klaus Block

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr und begrüßt alle Anwesenden herzlich zur Ortsbeiratssitzung. Er richtet zudem ein besonderes Willkommen an den Vertreter der Presse.

Er weist darauf hin, dass während der Sitzung Tonaufzeichnungen gemacht werden, die der Unterstützung der Schriftführung dienen und mit dem KI-Programm „Speech mind“ verarbeitet werden. Auf Nachfrage, ob es hierzu Fragen gebe, erfolgt keine weitere Diskussion.

Anschließend stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Ortsbeirates fest.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Ortsbeirat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Glasfaserausbau
3. Straßenausbauprogramm 2026 - 2030
4. Anträge der Fraktionen
 - 4.1. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion vom 19.01.2025 bezüglich "Straßenschäden durch Transportfahrzeuge zur Kläranlage in der Littersbachstraße"
5. Bolzplatz Niedersimten
6. Anfragen und Informationen

Ortsbeiratsmitglied Becker bringt die Thematik der ausstehenden Protokolle zur Sprache. Er äußert, dass mehrere Protokolle, darunter insbesondere das vom 30. Januar, noch nicht vorliegen würden. Er betont, dass dieses Protokoll von besonderer Bedeutung sei, da es wichtige Informationen zu Zahlen und Verkehrsflüssen enthalte. Die Protokollführung erklärt, dass das Protokoll vom 30. Januar bereits in Bearbeitung sei und mit dem aktuellen Protokoll nachgereicht werde. Hinsichtlich der weiteren ausstehenden Protokolle werde eine Rücksprache mit dem zuständigen Kollegen erfolgen, um diese ebenfalls nachzureichen.

Herr Becker ergänzt, dass auch das Protokoll der konstituierenden Sitzung vom Juni des Vorjahres fehle. Er stellt fest, dass das letzte vorliegende Protokoll jenes der Sitzung vom 14. März 2024 sei.

Die Protokollführung sichert zu, die Angelegenheit zu prüfen und die fehlenden Protokolle schnellstmöglich bereitzustellen.

zu 1 Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende führt aus, dass der Verwaltung derzeit keine Anfragen vorliegen würden. Anschließend fragt er, ob seitens der anwesenden Mitbürgerinnen und Mitbürger Anfragen bestehen. Dies sei nicht der Fall.

zu 2 Glasfaserausbau

Herr Pompe berichtet, dass er als Projektleiter der Deutschen Glasfaser für das Projekt in Pirmasens tätig sei. Er erläutert, dass der Glasfaserausbau in Pirmasens Nordost am 3. März dieses Jahres begonnen habe und voraussichtlich bis Mitte November abgeschlossen sein werde. Für den Bereich Niedersimten sei der Ausbau ab Mitte Oktober geplant, wobei die Bauzeit inklusive Kundenaktivierung etwa sechs bis acht Wochen betragen werde. Er hebt hervor, dass ein Servicemobil der Deutschen Glasfaser jeden Dienstag von 10 bis 18 Uhr am Kaufland in der Zweibrückerstraße 203 in Fehrbach zur Verfügung stehe, um Fragen zu beantworten und Vertragsabschlüsse zu ermöglichen. Aktuell befindet sich das Projekt im ersten Bauabschnitt in Pirmasens Nordost, der in den letzten Zügen sei. Herr Pompe betont, dass ein neues Netzkonzept mit neuer Hardware als Pilotprojekt in Pirmasens erfolgreich getestet worden sei, obwohl es anfängliche Herausforderungen bei der Lieferbarkeit von Verteilerschränken gegeben habe.

Ein Bürger erkundigt sich was passiere, wenn der Glasfaseranschluss im Keller liege, der Router jedoch in einem höheren Stockwerk installiert werden solle.

Herr Pompe erklärt, dass nach Vertragsabschluss eine Hausbegehung durch den Baupartner IMG durchgeführt werde, um Leitungswege und die Hauseinführung zu besprechen. Ein zweiter Termin werde für die Installation und Aktivierung des Anschlusses vereinbart. Für die Inhouse-Verkabelung gebe es ein Leitungspaket für 80 Euro, das eine 20-Meter-Leitung und eine Wand- oder Deckenbohrung umfasse. Alternativ könnten Kunden die Verkabelung durch die Deutsche Glasfaser oder durch einen Elektriker durchführen lassen.

Der Vorsitzende fragt an, ob es seitens der Ratsmitglieder weitere Anfragen gebe.

Herr Pompe ergänzt, dass die Baupartner der Deutschen Glasfaser vor Ort mit Warnwesten gekennzeichnet seien und bei Problemen direkt angesprochen werden könnten. Zudem würden die Anwohner zwei bis sieben Tage vor Beginn der Bauarbeiten per Einwurfeinschreiben informiert werden.

Ortsbeiratsmitglied Becker erkundigt sich nach einem Plan, der die betroffenen Straßen und Straßenseiten aufzeige.

Herr Pompe erklärt, dass die Grobplanung für Niedersimten vorliege, die finale Beantragung beim Amt jedoch noch ausstehe.

Ortsbeiratsmitglied Becker fragt an, ob die Möglichkeit bestünde, dem Ortsvorsteher den entsprechenden Plan zur gegebenen Zeit zur Verfügung zu stellen.

Herr Pompe bestätigt dies und sagt zu, dies an den zuständigen Designmanager weiterzugeben.

Bürgermeister Maas sagt zu, dass die Unterlagen nach Prüfung der Bauabteilung an den Ortsbeirat weitergegeben würden.

Ortsbeiratsmitglied Völker fragt, ob Bürger zwingend das Servicemobil aufsuchen müssten, um eine Hausbegehung zu vereinbaren.

Herr Pompe stellt klar, dass Verträge auch online abgeschlossen werden könnten und die Hausbegehung unabhängig davon durch den Baupartner durchgeführt werde, da diese für die Verlegung der Glasfaserleitung notwendig sei.

Bürgermeister Maas ergänzt, dass die Anwohner durch Handzettel über die Bauarbeiten und mögliche Termine informiert würden. Diese Zettel enthielten auch Kontaktdata, um bei Bedarf alternative Termine zu vereinbaren.

Ein Bürger erkundigt sich, ob die Glasfaserleitung immer grabenseitig verlegt werde.

Herr Pompe erläutert, dass in der Regel eine geschlossene Bauweise mit einer sogenannten Erdrakete verwendet werde, um die Leitung unterirdisch zu verlegen. Bei besonderen Gegebenheiten wie Betonflächen oder zurückversetzten Häusern könnten jedoch alternative Lösungen erforderlich sein, die individuell mit den Baupartnern abgestimmt würden.

Ein weiterer Bürger fragt, ob das Loch in der Hauswand wasserdicht verschlossen werde.

Herr Pompe versichert, dass spezielle Abdichtungssets verwendet würden, um eine wasserdichte Hauseinführung zu gewährleisten. Die Wiederherstellung der Oberfläche vor dem Haus hänge von den Gegebenheiten ab und werde im Rahmen der Hausbegehung besprochen. Auf die Frage nach längeren Leitungswegen erklärt Herr Pompe, dass die Hauptfaserleitung bis zum Haus im Ausbau enthalten sei, während für die Inhouse-Verkabelung ein Leitungspaket mit 20 Metern vorgesehen sei. Längere Strecken könnten individuell abgestimmt werden.

Ein Bürger erkundigt sich nach der notwendigen Infrastruktur für den Glasfaseranschluss.

Herr Pompe erklärt, dass ein neues Modem erforderlich sei, da die Glasfaser ein Lichtsignal übertrage, das spezielle Geräte benötige.

Er erläutert, dass der sogenannte Glasfaserteilnehmeranschluss (Gfta) weiterhin bei Licht und digital verwendet werde. Von diesem Anschluss aus führe die Verbindung in ein Gerät, das als Omp bezeichnet werde. Es handele sich dabei um ein Modem oder einen Router. Dabei weist er darauf hin, dass herkömmliche Router, die für Kupferleitungen wie VDSL oder DSL ausgelegt seien, nicht für Glasfaser geeignet seien. Es gebe jedoch neuere Routermodelle, die sowohl mit Kupferleitungen als auch mit Glasfaser kompatibel seien. Er empfiehlt, vorab zu prüfen, welche technischen Voraussetzungen der eigene Router erfülle.

Ein Bürger erkundigt sich, ob in diesem Zusammenhang eine vollständige Neuinstallation erforderlich sei.

Herr Pompe bestätigt dies und führt aus, dass es bei der Auswahl von Routern drei verschiedene Pakete gebe. Diese reichten von einem einfachen Router für den gewöhnlichen Haushalt über ein leistungsstärkeres Modell bis hin zu einem sogenannten Repeater. Letzterer sei insbesondere für größere Wohnungen geeignet, um das WLAN-Signal zu verstärken. Er erklärt, dass diese Geräte auch als Mietpakete verfügbar seien und verweist auf die Möglichkeit, solche Repeater zusätzlich zu buchen, um die Signalstärke zu optimieren.

Ein Bürger bittet um Mitteilung, ab welchem Zeitpunkt der Vertrag gilt.

Herr Pompe erläutert, dass die Vertragslaufzeit in der Regel erst nach Ablauf der Vertragslaufzeit des bestehenden Vertrags beginnt. Er betont, dass das Unternehmen in solchen Fällen kulant vorgehe und darauf warte, bis der Kunde aus seinem bestehenden Vertrag heraus sei. Üblicherweise betrage die Mindestvertragslaufzeit 24 Monate, danach sei eine monatliche Kündigung möglich. Sollte der Kunde sich bereits in der monatlichen Kündigungsphase befinden, könne der neue Vertrag entsprechend früher beginnen. Die Monatsgebühr werde erst nach Ablauf des bestehenden Vertrags erhoben.

Ortsbeiratsmitglied Becker bringt eine Frage zum Thema Vertragsübernahme ein. Er gibt an, dass ihm beim Vertragsabschluss mitgeteilt worden sei, dass die Restlaufzeit seines bestehenden Vertrags bei Kabel Deutschland von dem neuen Anbieter übernommen werde. In der Praxis habe er jedoch selbst die Kündigung seines alten Vertrags veranlassen müssen, was im Widerspruch zu den ursprünglichen Aussagen stehe. Er kritisiert, dass die Kommunikation in diesem Punkt widersprüchlich gewesen sei.

Herr Pompe erklärt, dass er diese Frage nicht beantworten könne, da er für bauliche Angelegenheiten zuständig sei. Er bestätigt jedoch, dass der neue Vertrag erst nach Ablauf des alten Vertrags beginne. Ob der Kunde sich selbst um die Kündigung kümmern müsse, könne er nicht sagen und verweist auf den Kundenservice.

Ortsbeiratsmitglied Becker führt weiter aus, dass ihm beim Vertragsabschluss zugesichert worden sei, dass der neue Anbieter die Kosten der Restlaufzeit seines alten Vertrags übernehmen würde. Er erinnert daran, dass dies im Vorortgespräch so besprochen worden sei.

Herr Pompe fragt nach, ob es sich bei dem Gesprächspartner möglicherweise um einen externen Partner des Unternehmens gehandelt habe.

Ortsbeiratsmitglied Becker merkt an, dass es sich hierbei um die Personen gehandelt habe, die die Angelegenheit vor Ort beworden hatten.

Bürgermeister Maas schlägt vor, die offenen Fragen mitzunehmen und diese Herrn Pompe zur abschließenden Klärung zur Verfügung zu stellen. Sobald hierzu Rückmeldungen vorlägen, würden der Ortsbeirat entsprechend informiert werden.

Herr Pompe betont, dass er die gestellte Frage derzeit nicht beantworten könne, da er keine verlässlichen Informationen dazu habe. Er schlägt vor, die Frage auf demselben Weg zu klären, wie es Bürgermeister Maas angedeutet habe.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob es weitere Fragen gebe, die nicht durch das Servicemobil geklärt werden könnten.

Ein Bürger bittet um Mitteilung hinsichtlich der Reichweite eines Routers innerhalb einer Wohnung.

Der Vorsitzende bittet aufgrund des heutigen Sitzungsumfangs, diese Frage mit dem Servicemobil zur klären.

Abschließend bedankt er sich bei Herrn Pompe für dessen Teilnahme und Beiträge.

Herr Pompe erkundigt sich abschließend, wie die weitere Bearbeitung der offenen Frage organisiert werde. Er schlägt vor, die Fragestellung per E-Mail zu übermitteln, damit er diese beantworten und die Antwort weiterleiten könne. Er betont, dass die Klärung der Frage von Bedeutung sei, und sichert zu, die Angelegenheit zeitnah zu bearbeiten.

Zum Abschluss bedankt sich Herr Pompe für die Einladung zur Sitzung und wünscht den Anwesenden einen angenehmen Abend.

zu 3 Straßenausbauprogramm 2026 - 2030

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Bürgermeister Maas.

Bürgermeister Maas begrüßt die Anwesenden und hebt die aktive Beteiligung der Ortsgemeinschaft Niedersimten hervor. Er erläutert, dass das Straßenausbauprogramm seit 2001 auf dem System der wiederkehrenden Beiträge basiert. Die Straßenbautechniker bewerten den technischen Zustand der Straßen anhand von sieben Kriterien, darunter Längsrisse, Netzrisse, Wasserführungen und Schlaglöcher. Ergänzend werden infrastrukturelle Anforderungen wie Kanalbedarf, Versorgung durch Stadtwerke und Telekommunikationsunternehmen berücksichtigt. Ein Schwellenausbaubedarfswert von 4,5, angelehnt an Schulnoten, definiere den Punkt, ab dem eine grundlegende Erneuerung erforderlich sei. Straßen mit besseren Zuständen würden in das Unterhaltungsprogramm aufgenommen.

Das 2001 eingeführte Solidarsystem ermögliche es, Beiträge über fünf Jahre anzusparen und daraus Maßnahmen zu finanzieren. In der Vergangenheit seien in Niedersimten bereits mehrere Straßen ausgebaut worden, die nach Rücksprache mit dem Ortsbeirat ausgewählt worden seien. Die Maßnahmen hätten Gesamtkosten von 2,5 Millionen Euro umfasst, einschließlich 1,8 Millionen Euro für den Straßenausbau, 260.000 Euro für den Kanal und 500.000 Euro für Versorgungsleitungen. Für das aktuelle Ausbauprogramm bis 2025 sei die Planung der Wackenbergstraße vorgesehen, deren Ausbau im neuen Programm 2026–2030 beginnen solle. Die Kosten für die Wackenbergstraße belaufen sich auf 1,3 Millionen Euro bei einer Ausbau-länge von 55 Metern. Der Beitragssatz solle von 0,29 Euro auf 0,34 Euro pro Quadratmeter erhöht werden, was für ein Durchschnittsgrundstück von 600 Quadratme-tern eine jährliche Mehrbelastung von 39 Euro bedeute.

Ortsbeiratsmitglied Becker erinnert daran, dass die Mühlbachstraße in früheren Sitzungen als schlechter bewertet wurde als die Wackenbergstraße und schlägt vor, die Mühlbachstraße ebenfalls in das Ausbauprogramm aufzunehmen.

Bürgermeister Maas bestätigt, dass die Mühlbachstraße schlechter bewertet sei, und erläutert, dass eine Einbeziehung der Mühlbachstraße den Beitragssatz auf 0,66 Euro erhöhen würde.

Ortsbeiratsmitglied Becker warnt vor der Gefahr, dass bereits sanierte Straßen erneut sanierungsbedürftig werden könnten, bevor ältere Straßen vollständig saniert seien. Er fordert eine langfristige Perspektive, um den Ort auf ein angemessenes Niveau zu bringen.

Herr Bath ergänzt, dass ein Durchschnittsgrundstück in Niedersimten 613 Quadratmeter umfasse, was bei einem Beitragssatz von 0,66 Euro jährliche Kosten von 526 Euro bedeuten würde.

Ortsbeiratsmitglied Hofstadt weist darauf hin, dass viele ältere Bürger mit geringen Renten in Niedersimten leben, was bei der Festlegung der Beitragssätze berücksichtigt werden müsse.

Bürgermeister Maas betont, dass die Verwaltung die Wackenbergstraße vorschlage, um die Beitragssätze in einem moderaten Bereich von etwa 0,30 Euro zu halten. Eine Entscheidung über eine Erhöhung auf 0,66 Euro müsse jedoch vom Ortsbeirat getroffen werden.

Ortsbeiratsmitglied Becker fragt, ob es möglich sei, Straßen in Teilabschnitten auszubauen.

Bürgermeister Maas erklärt, dass dies grundsätzlich möglich sei, dies jedoch höhere und spezifischere Kosten verursache. Für die Mühlbachstraße sei ein Abschnitt von 240 Metern vorgesehen.

Ortsbeiratsmitglied Völker hebt hervor, dass bei einem Straßenausbau auch Kanäle und Versorgungsleitungen erneuert würden, was langfristig Kosten reduziere.

Ortsbeiratsmitglied Becker entgegnet, dass die Kanäle lediglich saniert und nicht vollständig erneuert würden.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Thematik in den Fraktionen zu besprechen und eine Sondersitzung einzuberufen, um eine fundierte Entscheidung zu treffen.

Bürgermeister Maas weist darauf hin, dass die Verwaltung bis zum 16. Juni eine Rückmeldung benötige.

Ortsbeiratsmitglied Becker bittet um Mitteilung, ob für die Maßnahmen in der Wackenbergstraße Zuschüsse gezahlt werden würden.

Bürgermeister Maas verneint dies.

Ortsbeiratsmitglied Brill merkt an, dass die Kosten bereits hoch seien und man die Anwohnerinnen und Anwohner nicht zu stark belasten dürfe.

Der Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt mit der Bitte, um Besprechung innerhalb der Fraktionen und bittet die Verwaltung zwecks nachträglicher Abstimmung um Durchführung einer Sondersitzung.

zu 4 Anträge der Fraktionen

zu 4.1 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion vom 19.01.2025 bezüglich "Straßenschäden durch Transportfahrzeuge zur Kläranlage in der Littersbachstraße"

Der Vorsitzende berichtet von dem Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion vom 19.01.2025 und bezieht sich auf Straßenschäden, die durch Transportfahrzeuge zur Kläranlage in der Littersbachstraße verursacht wurden. Er informiert, dass am 16.04.2025 eine Begehung in der Littersbachstraße stattgefunden habe, an den Vertreter der Stadt Pirmasens, des Ortsbeirates sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger teilgenommen hätten. Als Ergebnis dieser Begehung sei eine Kostenschätzung durch Herrn Groß zugesagt worden, die nach Fertigstellung im Ortsbeirat vorgestellt werde.

Herr Lill teilt mit, dass die Kostenschätzung bei etwa 124.000 Euro liege. Die betroffene Strecke umfasse eine Länge von circa 161 Metern, beginnend bei Hausnummer 30 (Einmündung Rosenstraße) bis etwa Hausnummer 14. Die Maßnahme beinhaltete die Anhebung der Bordsteine, um das starke Gefälle zu reduzieren, sowie die Sanierung von etwa der Hälfte der Fahrbahn auf dieser Strecke. Er weist darauf hin, dass die Kostenschätzung für das laufende Jahr gelte und die Maßnahme im nächsten Haushalt berücksichtigt werden solle. Aufgrund der aktuellen Marktlage sei jedoch mit einer Kostensteigerung von etwa 5 % zu rechnen.

Ortsbeiratsmitglied Becker erkundigt sich, ob die Maßnahme für die Bürgerinnen und Bürger kostenneutral sei.

Herr Lill bestätigt dies.

Herr Lill führt weiter aus, dass die Parksituation in der Littersbachstraße problematisch sei, da parkende Fahrzeuge die Durchfahrt für LKW erheblich erschweren. Er verweist darauf, dass Frau Schneider anwesend sei, um mögliche Lösungen zu erörtern.

Frau Schneider erklärt, dass legales Gehwegparken in diesem Bereich schwierig umzusetzen sei.

Herr Lill bestätigt diese Einschätzung und betont die Notwendigkeit, einen Konsens zu finden, um die angespannte Verkehrssituation zu entschärfen.
Gehwegparken und Straßenraumgestaltung im Kontext der Verkehrssicherheit

Frau Schneider weist darauf hin, dass legales Gehwegparken nur bei einer Bürgertiegbreite von mindestens 1,60 Metern möglich sei. Sie betont, dass dies eine unver-

zichtbare Voraussetzung darstelle und verweist auf die Situation in der Littersbachstraße, wo dies nicht gegeben sei.

Bürgermeister Maas schlägt vor, wie beim Ortstermin vereinbart, das Parken auf dem Gehweg zu dulden, da in diesem Bereich kaum Fußgängerverkehr vorhanden sei. Er argumentiert, dass dies den begrenzten Straßenraum entlaste und Schäden durch LKW, die auf den Gehweg fahren, vermieden werden könnten. Er erinnert daran, dass diese Praxis in der Vergangenheit bereits geduldet worden sei, bevor eine Aktion der Verwaltung dies unterbunden habe.

Ortsbeiratsmitglied Becker bringt die Möglichkeit ins Gespräch, die Straße durch bauliche Maßnahmen wie eine Angleichung der Bordsteine zu einer einheitlichen Fläche umzugestalten. Dies könnte verhindern, dass Fahrzeuge über den Bordstein fahren und den Gehweg blockieren. Er verweist auf frühere Vereinbarungen im Ortsbeirat, die eine solche Lösung für den Holzweg vorgesehen hätten, und schlägt vor, dies auch hier zu prüfen.

Herr Lill äußert, dass Bordsteine eine visuelle und physische Begrenzung darstellen, die das Überfahren durch Fahrzeuge erschwere. Er gibt jedoch zu bedenken, dass ein fließender Übergang zwischen Straße und Gehweg dazu führen könne, dass Fahrzeuge leichter auf den Gehweg geraten.

Frau Schneider hebt hervor, dass der Gehweg von Kindern auf dem Schul- und Kindergartenweg genutzt werde. Sie betont, dass die Sicherheit der Kinder oberste Priorität habe und die aktuelle Situation nicht optimal sei.

Mehrere Personen schildern die Enge der Straße und die Schwierigkeiten, die selbst größere Fahrzeuge wie Feuerwehrfahrzeuge beim Befahren des Gehwegs hätten. Es wird vorgeschlagen, durch bauliche Maßnahmen wie das Anlegen von Parkbuchten und die Anpassung der Grundstücksgrenzen zusätzlichen Raum zu schaffen.

Bürgermeister Maas erklärt, dass die Möglichkeit einer Anpassung der Bordsteine und der Wasserführung geprüft werde. Er betont, dass die technische Machbarkeit und die Auswirkungen auf das Gefälle der Straße untersucht werden müssten.

Ortsbeiratsmitglied Becker schlägt vor, auf einer Straßenseite den Gehweg zu entfernen, um mehr Platz für das Parken an den Grundstücksgrenzen zu schaffen. Er weist darauf hin, dass dies die Situation für Fußgänger und Anwohner verbessern könnte.

Herr Lill ergänzt, dass bei einer solchen Umgestaltung auch die Wasserführung berücksichtigt werden müsse, um Probleme mit Wasseransammlungen an Gebäuden zu vermeiden.

Ein Bürger bringt die Frage auf, ob es eine Verordnung gebe, die die Nutzung von Garagen vorschreibe. Er kritisiert, dass viele Garagen nicht genutzt würden, was zu einer erhöhten Anzahl parkender Fahrzeuge auf der Straße führe.

Der Vorsitzende erklärt, dass dies geprüft werde und gegebenenfalls eine Sensibilisierung der Anwohner erfolgen solle.

Ortsbeiratsmitglied Becker thematisiert die Parkproblematik bei einem Gebäude, das ursprünglich als Altersheim mit reduzierter Stellplatzanzahl genehmigt wurde. Er weist darauf hin, dass die aktuelle Nutzung als Wohngebäude mit deutlich mehr Fahrzeugen nicht mehr den ursprünglichen Annahmen entspreche.

Bürgermeister Maas erklärt, dass geprüft werde, ob eine Nutzungsänderung beantragt wurde und ob ein zusätzlicher Stellplatznachweis erforderlich sei.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion mit dem Hinweis, dass die Stadtverwaltung die angesprochenen Punkte prüfen werde. Die Ergebnisse sollen in der nächsten Ortsbeiratssitzung vorgestellt und weiter diskutiert werden.

zu 5 Bolzplatz Niedersimten

Der Vorsitzende berichtet, dass, wie im Rahmen der Ortsbeiratssitzung vom 30. Januar 2025 erwähnt, am 7. Februar 2025 eine offene Planungssitzung zur Instandhaltung des Bolzplatzes stattgefunden habe. In den darauffolgenden Wochen, konkret am 5. und 11. April 2025, hätten sich zahlreiche Helfer aus verschiedenen Vereinen sowie Privatpersonen zusammengefunden, um umfassende Reinigungs- und Instandsetzungsarbeiten am Bolzplatz durchzuführen. Nach Abschluss dieser Arbeiten sei am 3. Mai 2025 das erste Bolzplatzfest veranstaltet worden, bei dem finanzielle Mittel für die weitere Instandsetzung (Erneuerung der Dacheindeckung des Unterstandes) des Bolzplatzes generiert worden seien.

Er führt aus, dass die Einnahmen aus dem Bolzplatzfest 1.671,11 € betragen hätten. Zusätzlich seien Spenden in Höhe von 1.000,00 € vom Ökumenischen Krankenpflegeverein Nieder- und Obersimten, 200,00 € vom Spielmanns- und Fanfarenverein Niedersimten sowie 200,00 € von der Sparkasse Südwestpfalz eingegangen. Über die Aktion „SWR 4 vereint“, die ebenfalls über die Sparkasse Rheinland-Pfalz abgewickelt worden sei, seien weitere 1.000,00 € generiert worden. Die Gesamtsumme der finanziellen Mittel belaufe sich somit auf 4.071,11 €.

Der Vorsitzende betont, dass die Spenden über den gemeinnützigen Verein „Simter Spengler e.V.“ abgewickelt worden seien, um den rechtlichen Rahmen zu gewährleisten.

Zudem informiert er weiterhin, dass die neu gegründete Bürgerstiftung Pirmasens derzeit eine Aktion durchführe, bei der alle Einzahlungen bis zu einem Kontingent von 100.000 € verdoppelt würden. Er habe sich diesbezüglich mit Herrn Baas, dem Geschäftsführer der Stiftung, sowie Herrn Minakaran, dem Leiter des Haupt- und Personalamtes, in Verbindung gesetzt, um die Rahmenbedingungen zu klären. Es sei geprüft worden, ob die Einzahlung der genannten Summe an die Bürgerstiftung möglich sei. Dabei sei festgestellt worden, dass die Mittel zweckgebunden ausschließlich für den Bolzplatz in Niedersimten verwendet werden könnten. Zudem sei ihm schriftlich zugesichert worden, dass die Gelder jederzeit verfügbar seien, was insbesondere für die geplanten Arbeiten am Dach im Herbst von Bedeutung sei. Durch die Verdoppelung der Summe könnten aus den 4.071,11 € insgesamt 8.142,22 € werden.

Ortsbeiratsmitglied Becker äußert Bedenken hinsichtlich der Einbringung der Mittel in die Bürgerstiftung. Er erinnert daran, dass in früheren Diskussionen über Stiftungen

die Frage aufgeworfen worden sei, ob solche Mittel nicht durch die Verwaltung selbst bereitgestellt werden sollten. Er gibt zu bedenken, dass eine einmalige Einzahlung in eine Stiftung möglicherweise zu einer dauerhaften Abhängigkeit führen könnte. Trotz des Anreizes der Verdoppelung der Summe äußert er ein gewisses Unbehagen gegenüber dem Vorgehen.

Bürgermeister Maas erläutert, dass der Vorstand der Bürgerstiftung nicht aus Verwaltungsmitgliedern bestehe. Die Verdoppelung der Mittel erfolge durch eine Spende der Rheinberger Stiftung, die das Budget der Bürgerstiftung unterstütze. Er betont, dass die Spenden zweckgebunden seien und ausschließlich für den Bolzplatz verwendet werden könnten. Ziel sei es, durch die Verdoppelung der Mittel die Bürgerstiftung weiter zu stärken.

Ortsbeiratsmitglied Becker weist darauf hin, dass die Entscheidung über die Auszahlung der Mittel letztlich beim Vorstand der Bürgerstiftung liege. Er äußert erneut Bedenken hinsichtlich der Kontrolle und Verfügbarkeit der Mittel.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Aktion zur Generierung der Mittel für den Bolzplatz durch ihn als Ortsvorsteher initiiert worden sei. Er betont, dass ihm schriftliche Zusicherungen über die Zweckgebundenheit und Verfügbarkeit der Mittel vorlägen. Abschließend stellt er die Frage zur Abstimmung, ob die finanziellen Mittel in Höhe von 4.071,11 € unter der Voraussetzung der jederzeitigen Auszahlbarkeit und der Zweckbindung für den Bolzplatz an die Bürgerstiftung Pirmasens gezahlt werden sollen.

Ortsbeiratsmitglied Völker äußert sich positiv über die Angelegenheit, jedoch habe er Zweifel über die Richtigkeit der Abstimmung seitens des Ortsbeirates, da die Zahlung über den Verein erfolge.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Zahlung nichts mit dem Verein selbst zu tun habe, sondern dass dieser erforderlich war um die Gelder i.H.v. 1.200 € zu erzielen.

Der Ortsbeirat beschließt einstimmig die Auszahlung an die Bürgerstiftung.

Nach dem Beschluss informiert der Vorsitzende, dass er am folgenden Tag Kontakt mit Herrn Baas aufnehmen werde, um die Zahlungsmodalitäten zu klären. Zudem kündigt er an, über etwaige neue Entwicklungen zu berichten.

Ein Bürger erkundigt sich nach dem Eigentumsverhältnis des Bolzplatzes.

Der Vorsitzende stellt klar, dass der Bolzplatz städtisches Eigentum sei.

zu 6 Anfragen und Informationen

zu 6.1 Beantwortung von Anfragen

zu 6.1.1 Hundekotbeutelspender

Der Vorsitzende berichtet, dass mehrere Mitbürger Anfragen hinsichtlich der Hundekotbeutelspender auf dem Spielplatz in Niedersimten gestellt hätten. Es sei vermehrt beobachtet worden, dass Hunde auf dem Spielplatz geführt wurden, obwohl dieser gemäß § 1 Abs. 1 der Grünanlagensatzung für Hunde gesperrt sei. Nach Rücksprache mit dem zuständigen Fachamt, sei empfohlen worden, darüber zu beraten, ob der gesamte Bereich für Hunde gesperrt und die Spender deinstalliert werden sollten. Diesbezüglich verliest er folgende Stellungnahme:

„Da der genannte Spielplatz eine Grünanlage im Sinne des § 1 Abs. 1 der Grünanlagensatzung darstellt, ist es gemäß der vor genannte Satzung verboten, Hunde auf öffentlich zugänglichen Kinderspielplätzen mitzuführen.

Zuwiderhandlungen stellen Ordnungswidrigkeiten dar, welche auch bußgeldbewährt sind. Ein weiteres Sperren des Terrains für Hunde ist insoweit obsolet.

Da durch den vorhandenen Hundekotbeutelspender suggeriert wird, dass Hundehalter diesen auch für den vorgesehenen Zweck benutzen können, wird die Entfernung des Hundekotbeutelspenders aus Sicher der Verwaltung befürwortet.

Folglich besteht grundsätzlich die Möglichkeit, den vorhandenen Hundekotbeutelspender zu deinstallieren und an einer anderen Stelle erneut zu errichten.

Da die Tütenspender-Standorte im Rahmen des hundefreundlichen-Konzeptes ermittelt und mit dem Ortsbeirat seinerzeit abgestimmt wurden, möchten wir jedoch darauf hinweisen, dass weitere Standorte in der Regel aufgrund der freiwilligen Leistung nicht möglich und restriktiv zu handhaben sind.

Dem entsprechend bittet die Verwaltung um Mitteilung, wie der Ortsbeirat in dieser Angelegenheit weiter verfahren möchte.“

Ortsbeiratsmitglied Hofstadt merkt an, dass der Spielplatz zwar an einem öffentlichen Weg liege, dieser jedoch als Spielplatz ausgewiesen und somit keine Hunde erlaubt seien. Er weist darauf hin, dass es fraglich sei, ob der Weg als öffentlicher Weg oder als Teil des Spielplatzes zu betrachten sei. Er betont, dass es sich um ein wiederholtes Problem handele, da Hundebesitzer ihre Hunde trotz des Verbotes durch den Bereich führten.

Bürgermeister Maas erinnert daran, dass die Standorte der Hundekotbeutelspender im Rahmen des hundefreundlichen Konzepts in Abstimmung mit dem Ortsbeirat festgelegt worden seien. Der Bedarf für die Spender sei damals an diesem Standort gesehen worden. Er weist jedoch darauf hin, dass es auch in anderen Bereichen Probleme mit Hundekot gebe, da einige Hundebesitzer die Hinterlassenschaften ihrer Tiere nicht beseitigten.

Der Vorsitzende berichtet, dass Anwohner sich über Hundekot auf der Wiese beschwert hätten, da Kinder dort spielen würden. Er betont, dass dies in letzter Zeit häufiger vorkomme und daher Handlungsbedarf bestehe.

Ortsbeiratsmitglied Becker fragt, ob am Spielplatz ein Schild angebracht sei, dass das Mitführen von Hunden verbiete.

Der Vorsitzende bestätigt dies und erklärt, dass ein grünes Schild mit einem entsprechenden Verbot vorhanden sei, jedoch nur an einer Seite des Spielplatzes.

Ortsbeiratsmitglied Becker schlägt vor, die Hundekotbeutelspender an einen anderen Standort zu versetzen, beispielsweise in die Nähe eines Parkplatzes oder des Bolzplatzes. Er verweist auf ein Konzept aus Bayern, bei dem die Ausgabe- und Abgabestellen für Hundekotbeutel räumlich getrennt seien, um Geruchsbelästigungen zu vermeiden. Dies könne auch in Niedersimten umgesetzt werden, indem die Ausgabe der Beutel in der Nähe des Spielplatzes und die Abgabe an einem weiter entfernten Sammelpunkt erfolge.

Bürgermeister Maas ergänzt, dass die Müllbehälter von der Stadt regelmäßig geleert würden, und schlägt vor, eine Patenschaft für die Hundekotbeutelspender zu etablieren. Dies könne dazu beitragen, die Beutel regelmäßig nachzufüllen und die Standorte sauber gehalten würden.

Der Vorsitzende bittet abschließend um Vorschläge für alternative Standorte der Hundekotbeutelspender und betont, dass die Entscheidung über deren Versetzung im Ortsbeirat getroffen werden müsse.

Er zeigt auf, dass ein Vorschlag vorliege, im Bereich des Bolzplatzes Hundekotbeutelspender zu installieren, um die Entsorgung von Hundekot zu erleichtern. Er fragt nach Meinungen der Ortsbeiratsmitglieder zu diesem Vorschlag.

Ortsbeiratsmitglied Hofstadt äußert sich dahingehend, dass die Installation weiterer Spender das Problem nicht vollständig lösen würde, da es weiterhin Hundehalter gebe, die ihre Tiere nicht ordnungsgemäß ausführen.

Ortsbeiratsmitglied Becker schlägt vor, die Spender an strategischen Punkten zu platzieren, etwa an Kreuzungen oder in der Nähe des Hundeklubs, um die Nutzung zu fördern. Er weist darauf hin, dass die Spender so positioniert werden sollten, dass sie für Hundehalter leicht zugänglich sind, ohne dass sie die Wohnbebauung oder Spielplätze beeinträchtigen. Er betont, dass die Sensibilisierung der Bevölkerung ebenfalls eine wichtige Rolle spielt, um die Nutzung der Spender zu fördern.

Bürgermeister Maas stimmt zu, dass die Installation der Spender allein das Problem nicht lösen werde. Er merkt an, dass es unrealistisch sei, eine vollständige Kontrolle über das Verhalten der Hundehalter zu erwarten.

Ortsbeiratsmitglied Hofstadt ergänzt, dass es auch andere Faktoren gebe, wie etwa Wildtiere, die zur Verschmutzung beitragen könnten, was die Problematik weiter verkompliziere.

Ortsbeiratsmitglied Becker bringt zur Sprache, dass es Beschwerden von Anwohnern gebe, insbesondere über Hundekot und Urin auf Spielplätzen und Grünflächen. Er betont, dass der Spielplatz als solcher nutzbar bleiben müsse und nicht durch Verschmutzungen beeinträchtigt werden dürfe.

Der Vorsitzende bestätigt, dass es Berichte über solche Vorfälle gebe, jedoch sei Hundekot nicht das Hauptproblem, sondern vielmehr Urin auf Wiesen, die von Kindern genutzt würden. Er weist darauf hin, dass die Installation von Hundekotbeutelspendern dieses Problem nicht vollständig beheben könne. Deshalb schlägt er vor,

die Situation zunächst weiter zu beobachten, bevor endgültige Maßnahmen beschlossen werden.

Der Vorsitzende unterstützt diesen Vorschlag und regt an, das Thema auf die nächste Sitzung zu vertagen. Er bittet die Mitglieder des Ortsbeirats, in der Zwischenzeit auf mögliche Entwicklungen zu achten und diese zu melden.

Ortsbeiratsmitglied Völker merkt an, dass es sich häufig um dieselben Hundehalter handele, die für die Verschmutzungen verantwortlich seien, und dass deren Verhalten ein zentraler Punkt der Problematik sei.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion mit dem Hinweis, dass das Thema in der nächsten Sitzung erneut aufgegriffen werde, sofern bis dahin neue Erkenntnisse vorliegen. Er fordert die Mitglieder auf, Beobachtungen und Beschwerden zeitnah zu melden, um eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu schaffen.

zu 6.1.2 Ortsumgehung Niedersimten

Der Vorsitzende berichtet, dass er von mehreren Bürgern auf den aktuellen Sachstand zur Ortsumgehung Niedersimten angesprochen worden sei.

Er informiert, dass die Angelegenheit grundsätzlich in die Zuständigkeit des LBM falle und diesem die absolute Planungshoheit obliege. Bezugnehmend auf die Besprechung mit Herrn Görz im Rahmen des Antrittsbesuches als neuer Leiter des LBM am 21.05.2025 habe Herr Görz berichtet, dass Herr Zodet als Fachgruppenleiter der Planungsabteilung des LBM Kaiserslautern den sog. NKV-Index errechnet habe. Im Rahmen der Nutzen-Kosten-Analyse (NKA) würden diejenigen Wirkungen des Projektes betrachtet, die quantifiziert und in monetären Größen angegeben oder umgewandelt werden könnten. Diese Wirkungen werden entweder der Nutzen- oder der Kostenseite des Verkehrsprojektes zugeordnet. Die zentrale Kenngröße der NKA bestünde aus dem Nutzen-Kosten-Verhältnis (NKV), da sie die Bewertungskomponenten zusammenfasse. Dabei werde die Summe aller Projektnutzen ins Verhältnis zu den Gesamtkosten des Projektes gebracht. Ist das NKV größer 1, würden die Nutzen des Projektes überwiegen und das Projekt könne als prinzipiell gesamtwirtschaftlich vorteilhaft eingestuft werden. Bei der Berechnung von Herrn Zodet komme der NKV-Wert von 2 heraus. Somit lasse sich laut Berechnung ein gesamtwirtschaftlicher Vorteil ableiten. Hinsichtlich der Planung würden 3 Großvarianten existieren, wobei die Variante B4 vorrangige bearbeitet werden würde. Der Entwurf solle Ende 2026 oder Anfang 2027 fertiggestellt sein.

Ortsbeiratsmitglieder Becker erinnert daran, dass der Ortsbeirat die Variante B3 als Favorit beschlossen habe. Er kritisiert, dass die Variante B4 dem Ortsbeirat nicht bekannt gewesen sei. Diese Variante verlaufe näher am Ort und bringe seiner Einschätzung nach erhebliche Nachteile für die Bürger mit sich. Er betont, dass er Herrn Zwick in der besagten Sitzung mehrfach darauf angesprochen habe und dieser die Variante B3 ebenfalls bevorzugt habe. Weiterhin äußert er sein Bedauern darüber, dass die Variante B4 weiterverfolgt werde, ohne dass der Ortsbeirat sie vorgestellt bekommen habe.

Bürgermeister Maas erklärt, dass die Ortsbeiräte von Niedersimten und Winzeln in der Veranstaltung in der Messehalle den aktuellen Planungsstand des LBM vorgestellt bekommen hätten. Er gibt an, dass die Verwaltung ebenfalls anwesend gewe-

sen sei. Der LBM habe seitdem an den Varianten weitergearbeitet, wobei eine Kostenfortschreibung und eine Aktualisierung des Nutzen-Kosten-Verhältnisses vorgenommen worden seien. Der Bürgermeister berichtet, dass der LBM plane, ein Büro mit der Erstellung der Entwurfsplanung zu beauftragen, die bis Ende 2026 oder Anfang 2027 vorliegen solle. Er weist darauf hin, dass die Planungshoheit weiterhin beim LBM liege.

Ortsbeiratsmitglied Becker erläutert die Entwicklung der verschiedenen Varianten. Die Variante B3 sei schließlich vom Ortsbeirat beschlossen und als Favorit eingereicht worden. Ortsbeiratsmitglied Becker kritisiert erneut, dass die Variante B4 ohne vorherige Abstimmung mit dem Ortsbeirat vorgestellt worden sei.

Bürgermeister Maas merkt erneut an, dass die Planungshoheit dem LBM obliege und dieser Anfang 2026 Pläne vorlegen könne. Daher schlägt er vor, den LBM erneut um eine Darstellung des aktuellen Sachstands sowie um Mitteilung der Beweggründe hinsichtlich des Wechsels zu Variante B4 zu bitten.

Ortsbeiratsmitglied Becker äußert Bedenken hinsichtlich der zeitlichen Verzögerungen im Planungsprozess. Er führt aus, dass die Bevölkerung möglicherweise mit den vorgelegten Varianten nicht einverstanden sein könnte, was zu weiteren Verzögerungen führen würde. Er kritisiert, dass die bisherigen Planungen häufig dazu führten, dass die ursprünglichen Ziele nicht erreicht würden. Zudem weist er darauf hin, dass die Verlagerung von Lärmquellen in andere Bereiche des Ortes problematisch sei. Er betont, dass die Zeit, die für die Entwicklung einer möglicherweise nicht akzeptierten Variante aufgewendet werde, verloren sei.

Ortsbeiratsmitglied Völker erinnert daran, dass die Planungshoheit dem LBM obliege. Jedoch kritisiert er die bisherige Kommunikation und betont, dass diese verbessert werden müsse. Er erwähnt, dass Bürgermeister Michael Maas bereits in die Kommunikation eingebunden sei, jedoch weitere Maßnahmen erforderlich seien.

Der Vorsitzende befürwortet den Vorschlag von Bürgermeister Maas und bittet darum, den LBM um Benennung der entsprechenden Beweggründe sowie um Übertragung eines groben Verlaufs zu bitten.

zu 6.1.3 Stromkästen Niedersimten

Der Vorsitzende berichtet, dass ihn eine Anfrage der Kinder- und Jugendgruppe aus Niedersimten erreicht habe, in der angefragt werde, ob es grundsätzlich möglich sei, Stromverteilerkästen im Ort optisch umzugestalten. Diesbezüglich verliest er die nachfolgende Stellungnahme der Stadtwerke:

“Grundsätzlich spricht nichts dagegen, dass 1 – 2 Kabelverteilerschränke künstlerisch gestaltet werden. Hierzu gibt es mit der Jugendkulturwerkstatt des IB bereits bestehende Rahmen- und Randbedingungen die einzuhalten sind. Zur Abstimmung welche der Schränke und in welcher Art diese gestaltet werden können, bitten wir um Kontaktaufnahme mit unserer Öffentlichkeitsarbeit.”

Der Vorsitzende bittet die Ratsmitglieder um ein Meinungsbild, ob ein solches Vorhaben grundsätzlich befürwortet werde.

Ortsbeiratsmitglied Völker äußert sich dahingehend, dass er die Idee grundsätzlich unterstütze. Er betont jedoch, dass ihn die möglichen Motive interessieren würden und dass diese zum Ortsbild passen sollten. Er fügt hinzu, dass eine optische Verschönerung der grauen Kästen wünschenswert sei, sofern die Gestaltung thematisch auf den Ort abgestimmt werde.

Der Vorsitzende erklärt, dass er im Falle einer grundsätzlichen Zustimmung der Ratsmitglieder den Kontakt zur Jugendkulturwerkstatt, zum Internationalen Bund und zu den Stadtwerken aufnehmen werde, um die Rahmenbedingungen und Möglichkeiten der Umsetzung zu klären. Er sichert zu, den Wunsch nach ortsbezogenen Motiven in die Gespräche einzubringen und darauf zu achten, dass die Gestaltung mit dem Ortsbild harmonisiere.

Der Ortsbeirat stimmt einstimmig zu.

zu 6.1.4 Ortseingangsschild Niedersimten

Der Vorsitzende berichtet, dass es für das geplante Ortseingangsschild in Niedersimten mittlerweile einen Bauplan gebe, der auf Anregung der letzten Ortsbeiratssitzung vom 30. Januar 2025 erstellt worden sei. Die Finanzierung des Schildes solle vollständig durch das Projekt „Heimat-Lieben“ der Sparkasse Südwestpfalz erfolgen. Er verweist darauf, dass diese Spendeninitiative in der Vergangenheit bereits Projekte wie die Aufstellung eines Tisches und zweier Bänke am Premiumwanderweg Teufelspfad unterstützt habe. Der Vorsitzende erläutert, dass ein Zusammenschluss mehrerer Vereine sich bereit erklärt hätten, sich an dem Vorhaben zu beteiligen. Hinsichtlich der Gestaltung verweist er auf Anlage 4 und erklärt, dass auf der Vorderseite des Schildes „Willkommen in Niedersimten“ stehen solle, während die Rückseite technische Angaben wie Maße enthalte. Er führt weiter aus, dass die Bauordnung gemäß der Landesbauordnung § 62 das Vorhaben als genehmigungsfrei einstufe. Die Straßenverkehrsbehörde habe ebenfalls keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Aufstellung eines Ortseingangsschildes in der dargestellten Form geäußert, jedoch angemerkt, dass das Schild aus verkehrlichen Gründen in einem angemessenen Abstand zur Fahrbahn aufgestellt werden solle.

Ortsbeiratsmitglied Becker fragt, ob das Schild auf städtischem Gelände aufgestellt werde.

Der Vorsitzende erklärt, dass dies noch offen sei und einer Prüfung bedürfe.

Ortsbeiratsmitglied Völker erkundigt sich nach der Versicherungspflicht und der Unterhaltung des Schildes.

Der Vorsitzende antwortet, dass die Unterhaltung von den beteiligten Vereinen übernommen werde, die das Schild errichten würden.

Ortsbeiratsmitglied Becker merkt an, dass die Haftungsfrage geklärt werden müsse.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Verantwortung bei dem Verein liege, der das Projekt initiere.

Ortsbeiratsmitglied Becker ergänzt, dass dies mit der Verwaltung abgestimmt werden müsse.

Bürgermeister Maas weist darauf hin, dass die Stadt einen Gestaltungsvertrag abschließen könne, falls das Schild auf städtischem Gelände errichtet werde. In diesem Fall trage die Stadt keine Haftung, sondern die Verantwortung liege bei den beteiligten Vereinen.

Der Vorsitzende fragt abschließend, ob es grundsätzliche Einwände gegen die Gestaltung des Schildes gebe.

Ortsbeiratsmitglied Frank äußert sich dahingehend, dass die Gestaltung zu „bayrisch“ wirke.

Ortsbeiratsmitglied Völker bekräftigt diese Anmerkung und bittet um eine „pfälzische“ Gestaltung.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Gestaltung noch einmal zu überarbeiten, insbesondere hinsichtlich der Schrift und Farbgebung. Er erwähnt, dass ihm keine „Pfälzer Bauart“ bekannt sei.

Der Vorsitzende erläutert, dass im Rahmen der weiteren Planung verschiedene Aspekte berücksichtigt und entsprechend angepasst werden könnten. Ihm persönlich sei keine „Pfälzer Bauweise“ bekannt. Zudem betont er, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen abschließend geklärt werden müssten, bevor weitere Schritte eingeleitet werden könnten. Er fragt, ob es hierzu Einwände gebe.

Ortsbeiratsmitglied Becker äußert, dass die genannten Punkte für ihn in Ordnung seien.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, dass die Angelegenheit damit geklärt sei, und bedankt sich bei den Anwesenden für ihre Zustimmung.

zu 6.1.5 Anfrage Gersbachtalstraße Niedersimten

Der Vorsitzende berichtet von den Hintergründen der Anfrage und verliest die nachfolgende Stellungnahme:

Die Situation in diesem Bereich ist der Verwaltung bekannt. Trotzdem waren die Kollegen der Straßenbauabteilung nochmals zur Kontrolle vor Ort, um den aktuellen Zustand zu kontrollieren. Es gebe dort eine Setzung aber akute Unfallgefahr bestehe nicht und daher auch kein akuter Handlungsbedarf. Bei den Kontrollen seien hier in den letzten 10 – 15 Jahren keine merklichen Veränderungen festgestellt worden.

Ein Bürger weist darauf hin, dass diese Situation seit Schließung der Wasserleitung gegeben sei.

Ortsbeiratsmitglied Becker erklärt, dass die Straße seiner Einschätzung nach in einem allgemein guten Zustand sei. Hinsichtlich der vorliegenden Bewertung der Straße weist er darauf hin, dass kein Ausbau erforderlich die Straße jedoch instandhaltungswürdig sei. Diesbezüglich wirft er die Frage auf, ob die Stadt bzw. zu einem späteren Zeitpunkt auch die Bürger für entsprechende Kosten aufkommen müssten oder ob eine anteilig mäßige Beteiligung aufgrund des Forstverkehrs vorliege.

Bürgermeister Maas antwortet, dass eine derartige Beteiligung geprüft werden könne, er jedoch nicht davon ausgehe, dass eine solche bestünde. Grundsätzlich würde es sich hierbei um eine öffentliche Straße handeln, die auch mit forstwirtschaftlichen Maschinen befahren werden dürfte. Er verweist auf die Stellungnahme der Straßenbaukollegen, die die Stelle seit Jahren beobachten und keine Verschlechterung festgestellt hätten.

Ein weiterer Bürger ergänzt, dass die Setzung im vorderen Bereich der Straße Richtung Tal kippe.

Bürgermeister Maas bezieht sich nochmals auf die Stellungnahme der Verwaltung und betont, dass die Kollegen die Gegebenheiten im Auge behalten werden.

zu 6.1.6 Pfad am Schäferhundeverein

Der Vorsitzende erläutert, dass eine Treppe des öffentlichen Weges durch Wurzelwerk eines Baumes beschädigt sei. Nach erfolgter Prüfung durch einen Mitarbeiter des Garten- und Friedhofamtes sei festgestellt worden, dass sich das städtische Grundstück mit der Treppe und den Bäumen in der Pacht des Hundevereins befindet. Der „öffentlichen Weg“ sei lediglich ein ca. 100 m langer Trampelpfad, der als eine Abkürzung für Spaziergänger in den Wald Am Alten Schloß fungiere. Eine Wiederherstellung der Treppe und die Fällung eines großen Baumes wären mit Aufwand verbunden. Der Trampelpfad sei als Weg bei städtischen Stellen nicht bekannt, werde aber im Geoportal des Landes als Weg eingezeichnet. Der Hundeverein habe laut Vorsitzendem Herr Weyh aus Verkehrssicherungsgründen kein Interesse die Wegeführung über die vereinseigenen Grundstücke zu erhalten. Da der Forstweg in den Wald auch ohne den Trampelpfad nach 250 Metern erreichbar sei, erscheine der Pfad entbehrlich.

Nach Rücksprache mit den zuständigen Mitarbeiterinnen für das Geoportal bestehet die Möglichkeit, eine Löschung des Pfades im Geoportal zu beantragen. Sollte dies erfolgen, würde der Pfad nicht mehr als öffentlicher Weg gelten, wodurch langfristig die Verkehrssicherungspflichten sowie die Sanierungsarbeiten an der Treppenanlage entfallen könnten.

Ortsbeiratsmitglied Hofstadt stimmt dafür, den Weg aus der öffentlichen Nutzung herauszunehmen. Er betont, dass der Verein, der für das Gelände verantwortlich ist, haftbar wäre, falls auf diesem Weg Unfälle oder Schäden entstehen. Daher sei es notwendig, den Weg zu sperren und als Vereinsgelände zu deklarieren. Er weist darauf hin, dass der Weg bereits umgeleitet wurde, um eine sicherere Alternative zu schaffen, jedoch sei die aktuelle Situation für den Verein problematisch.

Ortsbeiratsmitglied Brill teilt mit, dass der Verein beabsichtige, sollte der Weg nicht länger öffentlich sein, den Pfad vollständig zu schließen, sodass niemand mehr durchgehen könne.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Möglichkeit zu prüfen, den Weg aus dem Geoportal zu löschen und ihn als Privatweg zu kennzeichnen. Dies würde bedeuten, dass der Weg nicht mehr öffentlich zugänglich sei und ausschließlich vom Verein genutzt werden könne.

Ortsbeiratsmitglied Brill unterstützt diesen Vorschlag und berichtet von ähnlich gelagerten Fällen.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass die Löschung des Weges geprüft und wenn möglich vollzogen werden solle.

zu 6.1.7 Straßenschäden "Am Rehpfad"

Der Vorsitzende führt aus, dass sich am 17.04.2025 ein LKW aus Spanien, der ursprünglich das Logistikzentrum der Wasgau AG zum Ziel hatte, am Rehpfad verirrt habe. Der LKW sei aufgrund der Topografie der Albert-Siebel-Straße steckengeblieben. Ein Grundstück konnte nicht von den Eigentümern verlassen werden. Die Bergung des LKWs sei nur über den Rehpfad möglich gewesen. Es seien Schäden an der Asphaltdecke und an Bäumen entstanden. Diese wurden von der Verwaltung aufgenommen. In Abstimmung mit dem Rechtsamt werde die Beseitigung der Schäden geplant. Die Schadensbeseitigung werde sicherlich mehrere Wochen bis Monate in Anspruch nehmen. Wieso der LKW-Fahrer sich gerade für diesen Weg entschieden hat, sei nicht bekannt. An der Einfahrt Blocksbergstraße und Albert-Siebel-Straße seien die entsprechenden Verkehrsschilder installiert. Eine Sperrung des Weges sei nicht praktikabel, da dieser von vielen Landwirten zur Bewirtschaftung von südlich zur Blocksbergstraße gelegene Felder genutzt werde.

Bürgermeister Maas ergänzt, dass man derzeit auf die Freigabe der Versicherung warte. Erst mit der Freigabe könne mit den Arbeiten begonnen werden. Derzeit würde mit Reparaturkosten i.H.v. 30.000€ gerechnet werden.

Ortsbeiratsmitglied Brill bittet um Mitteilung, wie der beschädigte Weg nochmals instandgesetzt würde. Ein Vertreter der Versicherung habe ihm zugesagt, dass sämtliche Reparaturmaßnahmen übernommen werden würden.

Bürgermeister Maas teilt mit, dass Kontrolleure des Tiefbauamtes vor Ort waren und Schäden i.H.v. mindestens 30.000 € beziffert hätten, die von der Versicherung zu tragen wären. Ein konkreter Plan läge noch nicht vor, die Schäden würden aber wahrscheinlich komplett beseitigt werden.

zu 6.1.8 Parkplatzsituation am Rehtalsaal

Der Vorsitzende berichtet, dass Frau Faul, die neue Leitung des Kindergartens, ihn in der vergangenen Woche kontaktiert habe, um auf die angespannte Parkplatzsitu-

tion am Rehtalsaal hinzuweisen. Sie habe erklärt, dass die Mitarbeiter des Kindergartens keine ausreichenden Parkmöglichkeiten hätten und auch die Eltern beim Bringen und Abholen der Kinder auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen würden. Die Ursache für das erhöhte Parkaufkommen liege darin, dass Anwohner der Rosenstraße und der Littersbachstraße aufgrund der topographischen Gegebenheiten sowie des Lkw-Verkehrs in der Littersbachstraße auf den Parkplatz ausweichen würden. Der Vorsitzende betont, dass es sich bei den Parkplätzen um ein Privatgelände handele und schlägt vor, eine bestimmte Anzahl von Parkplätzen für den Kindergarten zu reservieren. Diese könnten durch entsprechende Beschilderung zwischen 7:00 und 16:00 Uhr ausschließlich für den Kindergarten freigehalten werden, während sie außerhalb dieser Zeiten weiterhin allgemein genutzt werden könnten. Er verweist zudem auf die hohe Auslastung des Parkplatzes durch andere Nutzer des Gebäudes, wie etwa den Gesangsverein.

Ortsbeiratsmitglied Becker äußert sich kritisch zur Entwicklung des Kindergartens und merkt an, dass dieser sich ohne ausreichende Abstimmung mit den zuständigen Stellen stark ausgeweitet habe. Er weist darauf hin, dass die Räumlichkeiten, insbesondere im Keller, vollständig belegt seien und keine weiteren Kapazitäten zur Verfügung stünden. Er erinnert daran, dass der Parkplatz ursprünglich für das Gebäude vorgesehen gewesen sei und kritisiert, dass dieser zunehmend durch andere Nutzer beansprucht werde. Zudem bemängelt er, dass in der Vergangenheit Entscheidungen über die Nutzung des Parkplatzes ohne ausreichende Abstimmung getroffen worden seien, was zu Unmut bei den Bürgern geführt habe.

Bürgermeister Maas stellt klar, dass es sich bei dem Parkplatz nicht um einen öffentlichen Parkplatz, sondern um einen Stellplatz handele, der dem Gebäude zugeordnet sei. Er betont, dass dieser grundsätzlich allen Nutzern des Gebäudes zur Verfügung stehe.

Ortsbeiratsmitglied Völker stellt klar, dass die Problematik nicht bei den Nutzern des Gebäudes liege, sondern in der abendlichen Nutzung durch Anwohnerinnen und Anwohner der umliegenden Straßen, da diese nicht mit dem Gebäude in Verbindung stünden.

Der Vorsitzende bestätigt diese Einschätzung und ergänzt, dass Frau Faul, ebenfalls darauf hingewiesen habe, dass die Veranstaltungen im Rehtalsaal, die meist am Wochenende stattfinden, keine Beeinträchtigung für den Kindergartenbetrieb darstellen. Das eigentliche Problem entstehe durch die Anlieger, die die Parkplätze dauerhaft nutzen würden. Frau Faul habe vorgeschlagen, das Hoftor abzuschließen, was der Vorsitzende jedoch als nicht praktikabel ansieht, da dies zu organisatorischen Schwierigkeiten führen würde, insbesondere bei Veranstaltungen oder Trainings.

Ortsbeiratsmitglied Becker erinnert daran, dass das Tor früher verschlossen gewesen sei und die Besucherinnen und Besucher des Gebäudes über eine Treppe Zugang gehabt hätten. Er erläutert, dass der Zugang später behindertengerecht umgestaltet worden sei und der Kindergarten das Gelände unter den Bäumen eingezäunt habe, wodurch der frühere Fußweg nicht mehr genutzt werden könne. Dies habe dazu geführt, dass das Tor nun offenstehe und die Fläche faktisch öffentlich zugänglich sei.

Der Vorsitzende stellt die Frage, ob die Problematik durch eine Wiederherstellung des früheren Zustands gelöst werden könnte.

Ortsbeiratsmitglied Becker äußert sich diesbezüglich kritisch und spricht sich gegen eine Nummerierung der Parkplätze aus. Zudem betont er, dass dies nicht praktikabel sei.

Ein Bürger erinnert daran, dass das frühere Abschließen des Tores umständlich gewesen sei.

Ortsbeiratsmitglied Völker warnt davor, die Parkplätze generell für die Öffentlichkeit freizugeben, da dies dazu führen könne, dass die Stellflächen dauerhaft von Personen genutzt würden, die keinen Bezug zum Gebäude hätten. Er schlägt vor, die Nutzung der Parkplätze an die Gebäudenutzung zu koppeln, um eine Überbelegung zu vermeiden.

Ortsbeiratsmitglied Becker gibt an, dass es insgesamt etwa 20 bis 22 Parkplätze gebe. Er rechnet vor, dass bei einer Nutzung durch die vier bis fünf Kindergärtnerinnen noch etwa 15 Stellplätze übrigbleiben. Er stellt die Frage, ob diese im Hinblick der angespannten Parksituation in der Umgebung tatsächlich ungenutzt bleiben sollten.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass eine generelle Freigabe der Parkplätze problematisch sei, da dies dazu führen könne, dass beispielsweise Wohnmobile dort abgestellt würden.

Ortsbeiratsmitglied Hofstadt schlägt vor, eine zeitliche Begrenzung für die Nutzung der Parkplätze einzuführen.

Der Vorsitzende sieht dies als mögliche Lösung an, die jedoch eine entsprechende Beschilderung erfordern würde.

Frau Schneider ergänzt, dass der Eigentümer der Fläche entscheiden könne, ob eine entsprechende Beschilderung angebracht und ein Parken durch fremde Personen geduldet werden möchte. Die Anbringung eines entsprechenden Schildes sei auf jeden Fall möglich.

Bürgermeister Maas bestätigt, dass es insgesamt 22 Parkplätze gebe und dass die Kindergärtnerinnen etwa fünf davon benötigten. Er betont, dass die verbleibenden Stellplätze entsprechend geregelt werden müssten, um eine sinnvolle Nutzung sicherzustellen.

Weiterhin führt er aus, dass es sich bei den 15 Parkplätzen um eine Fläche handelt, die tagsüber ungenutzt bleibe, bis das Vereinsleben beginne. Nachts seien die Vereine ebenfalls nicht mehr vor Ort, sodass die Parkplätze erneut leer stünden. Er stellt die Frage, ob es sinnvoll sei, diese Parkplätze ungenutzt zu lassen, und betont, dass eine Regulierung erforderlich sei. Er äußert Unsicherheit darüber, ob die Kindergärtnerinnen Anspruch auf Dauerparkplätze erheben würden, und schlägt vor, diese gegebenenfalls zu markieren.

Ortsbeiratsmitglied Völker ergänzt, dass es wichtig sei, die Zuständigkeiten für die Regelung und Überwachung der Parkplätze zu klären. Er weist darauf hin, dass es

unterschiedliche Nutzungsansprüche gebe, beispielsweise durch Eltern, die ihre Kinder bringen, oder durch Erzieherinnen, die Parkplätze benötigen.

Der Vorsitzende hebt hervor, dass es bei Veranstaltungen zu Konflikten kommen könne, wenn die Parkplätze nicht ausreichend reguliert seien. Er schlägt vor, die Nutzung der Parkplätze zeitlich zu beschränken, beispielsweise von 6 bis 16 Uhr, und die Situation zu beobachten. Sollte sich die Lage nicht verbessern, müsse nachgesteuert werden.

Ortsbeiratsmitglied Völker fragt nach der Priorisierung der Parkplatznutzung bei Veranstaltungen und betont die Notwendigkeit klarer Regelungen.

Ortsbeiratsmitglied Becker äußert Bedenken hinsichtlich der Durchsetzung von Regelungen und verweist auf frühere Probleme, beispielsweise mit einer Schranke am Bolzplatz, die nicht instandgehalten worden sei. Er kritisiert, dass Maßnahmen oft nicht konsequent umgesetzt würden, was zu wiederkehrenden Problemen führe. Er fordert eine Überwachung und Sanktionierung bei Verstößen, um die Einhaltung der Regelungen sicherzustellen.

Bürgermeister Maas weist darauf hin, dass es sich bei den Parkplätzen um Privatgrundstücke handele, was die Zuständigkeit der Stadt einschränke. Er betont, dass das Hausrecht beim Eigentümer liege und die Stadt keine direkte Kontrolle ausüben könne.

Der Vorsitzende schlägt vor, sich mit den betroffenen Anwohnern und Nutzern vor Ort auszutauschen, um die Probleme zu identifizieren und mögliche Lösungen zu erörtern. Er regt an, die Möglichkeit einer vollständigen Absperrung des Parkplatzes zu prüfen, gibt jedoch zu bedenken, dass dies möglicherweise nicht praktikabel sei. Abschließend erklärt der Vorsitzende, dass er einen Vor-Ort-Termin mit den Beteiligten vereinbaren werde, um die Situation zu klären.

zu 6.2 Informationen

zu 6.2.1 Bekanntgabe Termine

Der Vorsitzende informiert, dass am 11. Juni 2025 um 19:30 Uhr im Rehtalsaal ein Planungstreffen für die Simter Spengler Kerwe stattfinden solle. Er betont, dass interessierte Personen herzlich eingeladen seien, an diesem Treffen teilzunehmen.

Des Weiteren weist der Vorsitzende darauf hin, dass am 6. September 2025 ein Umwelttag geplant sei. Er erklärt, dass es sich hierbei zunächst um eine Terminankündigung handele und nähere Informationen zu einem späteren Zeitpunkt folgen würden.

Er erwähnt zudem, dass am 13. Juni 2025 auf dem Bolzplatz eine Spendenübergabe durch den Sparkassenverband stattfinden werde. Diese Veranstaltung richte sich insbesondere an interessierte Ratsmitglieder. Der Vorsitzende hebt hervor, dass er diesen Termin bereits zuvor erwähnt habe und es sich hierbei um eine reine Informationsweitergabe handele.

zu 6.2.2 "Schneiders Haus" Lothringer Straße

Der Vorsitzende erläutert, die Verwaltung habe sich erneut an ihn gewandt, um für das Anwesen "Schneiders Haus" in der Lothringer Straße mögliche Nutzungsideen für das Gelände oder das Gebäude zu erörtern. Nach Rücksprache mit Herrn Kölsch, dem Leiter des Gebäudemanagements, sei die aktuelle Einschätzung, dass ein Abriss des Gebäudes aufgrund seines schlechten Zustandes unvermeidbar sei. Der Vorsitzende bittet die Anwesenden um Vorschläge zur zukünftigen Nutzung des Geländes.

Ortsbeiratsmitglied Völker bringt die Idee ein, auf dem Gelände Parkflächen zu schaffen, da in der Umgebung ein Bedarf an zusätzlichen Parkmöglichkeiten bestehe. Er schlägt vor, etwa drei bis vier Parkplätze zu errichten, um die Parksituation zu entlasten.

Ortsbeiratsmitglied Becker weist darauf hin, dass sich auf dem Gelände eine Quelle mit frischem Wasser befindet, die früher offen zugänglich war. Er regt an, diese Quelle in die Gestaltung des Geländes einzubeziehen, beispielsweise durch die Errichtung eines Informationsstandes oder eines Unterstands für Schulklassen. Zudem erwähnt er, dass die Bushaltestelle in der Nähe behindertengerecht umgebaut werden solle, was eine Verlegung der Haltestelle in Betracht ziehen könnte. Er schlägt vor, die Haltestelle mit einem Unterstand auszustatten, der auch als Schutz für wartende Kinder dienen könnte.

Ortsbeiratsmitglied Hofstadt äußert Bedenken hinsichtlich der Verlegung der Bushaltestelle und weist darauf hin, dass die aktuelle Position möglicherweise sinnvoller sei.

Ortsbeiratsmitglied Völker ergänzt, dass eine Verlegung der Haltestelle vor die Bäckerei eine praktikable Lösung darstellen könnte.

Der Vorsitzende fasst die Vorschläge zusammen und nennt als mögliche Optionen die Schaffung von Parkplätzen sowie die Verlegung der Bushaltestelle in Verbindung mit der Integration der Quelle.

Ortsbeiratsmitglied Becker ergänzt, dass das Gelände auch für Marktstände oder mobile Metzgereien genutzt werden könnte, sofern die Zufahrt entsprechend geplant werde. Er regt an, die vorhandenen Ressourcen wie Strom- und Wasseranschlüsse für solche Zwecke zu nutzen.

Ortsbeiratsmitglied Völker schlägt vor, die Bürgerinnen und Bürger in die Ideensammlung einzubeziehen, um weitere Anregungen zu erhalten.

Der Vorsitzende unterstützt diesen Vorschlag und regt eine Bürgerbefragung an, um mögliche kreative Ideen zu sammeln.

Bürgermeister Maas erläutert, dass das Gebäude aufgrund seines schlechten Zustands und der fehlenden Instandhaltung durch den vorherigen Eigentümer in den Besitz der Stadt übergegangen sei. Er betont, dass ein Rückbau des Gebäudes langfristig unvermeidbar sei, da eine Sanierung wirtschaftlich nicht tragbar sei. Die Kosten für den Rückbau, einschließlich der Schadstoffentsorgung, würden sich auf etwa

60.000 bis 80.000 Euro belaufen. Er weist darauf hin, dass das Gebäude vorerst stehen bleiben könne, bis eine endgültige Entscheidung über die Nutzung des Geländes getroffen werde.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion mit dem Hinweis, dass die Vorschläge weiter geprüft und die Bürgerbefragung vorbereitet werden sollen.

zu 6.2.3 Bürgerstiftung

Der Vorsitzende erläutert die Beweggründe für die Gründung der Bürgerstiftung Pirmasens. Er führt aus, dass die Stadt in vielen Fällen, insbesondere bei freiwilligen Leistungen, finanziell eingeschränkt sei, obwohl sowohl die Innenstadt als auch die Ortsbezirke gerne Projekte unterstützen würden. Aufgrund des großen bürgerschaftlichen Engagements in Pirmasens bestehে jedoch ein erhebliches Potenzial, Bürgerinnen und Bürger, die sich mit ihrer Heimatstadt verbunden fühlen, einzubinden. Dies könnte durch Spenden oder auch durch die Überlassung von Erbschaften geschehen. Er betont, dass ähnliche Modelle in anderen Städten existieren und es sogar einen Verband deutscher Bürgerstiftungen gebe. Die Bürgerstiftung Pirmasens sei jedoch eine Stiftung mit eigener Rechtspersönlichkeit und keine städtische Einrichtung, auch wenn der Oberbürgermeister den Stiftungsvorsitz innehabe. Die Idee sei von der Stadtverwaltung angestoßen worden, nachdem man durch die Bürgerstiftung Pfalz auf das Konzept aufmerksam geworden sei. Aufgrund der guten Netzwerke in Pirmasens habe man sich entschieden, eine eigene Stiftung zu gründen, um flexibler und bürgernäher agieren zu können. Engagierte Bürgerinnen und Bürger hätten sich zusammengetan und die Stiftung mit Unterstützung der Stadtverwaltung formal gegründet.

Ortsbeiratsmitglied Becker fragt an, ob es eine Abstimmung über die Beteiligung an der Bürgerstiftung gegeben habe.

Der Vorsitzende stellt klar, dass die Stiftung gegründet worden sei und die Stadt automatisch beteiligt sei, ohne dass eine Abstimmung erforderlich gewesen sei.

Ortsbeiratsmitglied Becker äußert, dass ihm die Tragweite der Stiftung nicht unmittelbar greifbar gewesen sei und er sich eine stärkere Einbindung gewünscht hätte.

Bürgermeister Maas ergänzt, dass es viele Bürgerinnen und Bürger gebe, die Spenden möchten und dass eine Stiftung notwendig sei, um diese Spenden zweckgebunden einzusetzen. Er berichtet, dass es zunächst Überlegungen gegeben habe, sich dem Dachverband der Bürgerstiftung Pfalz anzuschließen, dies jedoch aufgrund der damit verbundenen Kosten verworfen worden sei. Stattdessen habe man auf die Erfahrungen und das Engagement vor Ort gesetzt, um die Bürgerstiftung Pirmasens ins Leben zu rufen. Er erklärt, dass die Stiftung die Möglichkeit biete, für jeden Ortsbezirk einen eigenen Untertopf einzurichten, sodass Spenden gezielt für bestimmte Bezirke verwendet werden könnten. Ein förmlicher Beschluss des Ortsbeirats sei hierfür nicht erforderlich gewesen, da die Stiftung unabhängig von der Stadtverwaltung agiere.

Ortsbeiratsmitglied Völker merkt an, dass die Zustimmung des Ortsbeirats in diesem Zusammenhang nicht notwendig gewesen sei, da die Stiftung keine städtische Einrichtung sei.

Bürgermeister Maas bestätigt dies und verweist darauf, dass die Stiftung unabhängig von der Stadtverwaltung operiere. Er betont, dass die Bürgerstiftung eine Plattform biete, um bürgerschaftliches Engagement zu fördern und finanzielle Mittel für gemeinnützige Projekte zu bündeln.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 21:40 Uhr.

gez. Lukas Eitel
Vorsitzender

gez. Kimberly Lemmens
Protokollführer